

Ryan Plocher, Daniel Bache

### **Geschlechtliche Vielfalt in Bildungseinrichtungen: Richtlinien schaffen, Diskriminierung beenden!**

DIE LINKE.queer fordert die Regierungen der Länder entsprechend eines Vorschlags der GEW Berlin dazu auf, Richtlinien zur Inklusion von trans\*, inter\* und nicht-binären Menschen sowie Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ oder keinem Geschlechtseintrag in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten zu entwickeln.

- Die Richtlinien sind in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Organisationen und Verbänden von trans\*, inter\* und nicht-binären Menschen zu entwickeln.
- Maßnahmen mit baulichen Konsequenzen (z. B. bzgl. Toiletten und Umkleidekabinen) sind entsprechend in die Musterraumprogramme zu integrieren.
- Die inhaltliche und sprachliche Inklusion der o.g. Personengruppen und Diskriminierungsfreiheit in Bezug auf Geschlecht und Geschlechtsidentität müssen in u. A. den Rahmenlehrplänen, Schulverordnungen, Statistiken, Prüfungs- und Studienordnungen, Schulmaterialien, Formularen sowie Qualitäts- und Handlungsrahmen ermöglicht werden. Zweigeschlechtlichkeit darf nicht unhinterfragt vorausgesetzt werden.
- Zielgruppenspezifische Informationen sollen die Richtlinien ergänzen und bei der Umsetzung im jeweiligen Arbeitskontext helfen.

Die Richtlinien sollen in erster Linie die freie Entwicklung der Lernenden gewähren und schützen. Bildungsinstitutionen sind oder agieren wie Behörden. Sie handeln nicht zwangsläufig pädagogisch, sondern im Zweifelsfall bürokratisch. Dieser Antrag versucht, Diskriminierung durch Bürokratie über Umsetzung bestehender Gesetze zu mildern.

Seit 2013 besteht die Möglichkeit, bei der Geburt eines Kindes den Geschlechtseintrag frei zu lassen. Seit 01. Januar 2019 besteht die Möglichkeit, den Geschlechtseintrag „divers“ auf Antrag eintragen zu lassen. Für Kinder und Jugendliche ohne Geschlechtseintrag sowie mit dem Geschlechtseintrag „divers“ gibt es keine Richtlinien. Für Kinder und Jugendlichen, die sich als trans\* outen und ein anderes Geschlecht als bisher leben, gibt es ebenfalls keine Richtlinien. In vielen Bildungsbereichen werden die Kinder als Jungen und Mädchen bezeichnet und ggf. unterschiedlich behandelt, z. B. in der Benotung im Fach Sport. Solange die Bildungsinstitutionen keine offiziellen, behördlichen Anweisungen haben, werden Kinder und Jugendliche mit dem Geschlechtseintrag „divers,“ ohne Geschlechtseintrag, oder mit einem anderen gelebten Geschlecht als ihr Geschlechtseintrag, Diskriminierung durch die Bürokratie erfahren. Ohne verbindliche Richtlinien werden Bildungsinstitutionen, Leitungspersonal, pädagogische Fachkräfte, Eltern und Lernende aber auch Personal- und Betriebsräte und Beratungs- und Unterstützungssysteme alleine gelassen.

Die Gleichbehandlung und Gleichstellung von Menschen aller Geschlechter ist eine gesetzliche Verpflichtung. Verbindliche Richtlinien schaffen Handlungsklarheit. DIE LINKE.queer fordert die zuständigen Behörden dazu auf, bestehende Gesetze in Verordnungen und Richtlinien umzusetzen.